



Fragen und Antworten zur StuPa-Wahl

ViS.d.P. Daniel Lucas c/o Wahlausschuss der Studierendenschaft der Universität
Duisburg-Essen, T01 S00 K03, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

StuPa-Wahl, was ist das eigentlich?

Schon einmal was von Stupa und AStA gehört? Wer ist das? Was machen die eigentlich so? Und was hast du damit zu tun?

Das Studierendenparlament (StuPa) ist das höchste Organ der studentischen Selbstverwaltung, ähnlich wie der Bundestag für Deutschland. Und ähnlich wie der Bundestag aus Parteien, besteht das StuPa aus hochschulpolitischen Listen. Gewählt wird das StuPa jährlich, in diesem Jahr finden die Wahlen vom 22.06- 26.06. 2015 statt. Je nach Wahlausgang bilden verschiedene Listen eine Koalition, diese stellen dann den AStA der vom StuPa gewählt werden muss.

Was macht der AStA?

Der AStA arbeitet selbstständig, ist aber dem StuPa gegenüber berichtspflichtig und weisungsgebunden. Er beschäftigt sich unter anderem mit Themen wie dem Ticket, vertritt die Belange der Studierendenschaft gegenüber der Hochschulleitung, organisiert kulturelle Veranstaltungen wie das Campusfest, helfen bei der Selbstorganisation der Kinderbetreuung uvm.

Über die Ausrichtung eines AStA`s bestimmst du durch deine Stimme mit.

Wie wird abgestimmt?

Bei der StuPa-Wahl hast du zwei Stimmen. Mit der ersten Stimme wählst du eine Liste und entscheidest damit über die Mehrheiten im Studierendenparlament

Mit der zweiten Stimme stimmst Du für einen/ eine Kandidaten/Kandidatin und entscheidest somit, wer für die Liste ins StuPa einzieht.

Noch Fragen?

E-Mail: wahlausschuss@stupa-due.de

Büros

Essen
T01 S00 K03
0201 183 3134

Duisburg
LF 018
0203 3179 785

Urnenstandorte

Mensafoyer
R11
R12
R14
Schützenbahn SA
Weststadtcareé
Audimax Klinikum

MM Mensa
LA
LX
BA

Frage 1:

Sollte der AStA-Semesterbeitrag und der Beitrag an das Studierendenwerk gesenkt werden?

Antwort Juso Hochschulgruppe: Wenn die Arbeit des AStA und des Studierendenwerks hierdurch nicht eingeschränkt ist, stünde einer Kürzung nichts im Wege. Allerdings können wir uns das nicht vorstellen.

Antwort RCDS: Der AStA-Beitrag könnte definitiv gesenkt werden, wenn die Verschwendung studentischer Gelder für ideologische Projekte gestoppt würde. Außerdem existieren riesige Rücklagen, die auch aus rechtlichen Gründen z.T. in den Haushalt einfließen müssen.

Der Beitrag an das Studierendenwerk ist ebenfalls überdurchschnittlich hoch an der UDE. Es muss geprüft werden, ob dies im Verhältnis zu anderen Hochschulen gerechtfertigt ist.

Antwort LiLi: Die Erhöhung von Preisen und Mieten durch das Studierendenwerk halten wir für überzogen. Gerade weil der Beitrag an das Studierendenwerk Essen-Duisburg im Gegensatz zu anderen relativ hoch ist. Wir haben der Geschäftsführerin des Studierendenwerks das Versprechen abgerungen in Zukunft weder die Preise, die Mieten noch den Beitrag der Studierenden zu erhöhen und werden diese Entwicklung genau im Auge behalten. Um eine breit angelegte, intensive Interessenvertretung der Studierenden durch den AStA, eine studentische Zeitung sowie einen Nothilfefonds zu ermöglichen, halten wir den AStA-Beitrag insgesamt für angemessen. Wer aufgrund einer schwierigen sozialen Situation diese Beiträge nicht zahlen kann, wird umfassend durch den von uns erkämpften Nothilfefonds unterstützt!

Antwort Unabhängige Demokraten: Ja, beide Beiträge sollten gesenkt werden. Sowohl der AStA-Semesterbeitrag als auch der Beitrag für das Studierendenwerk liegen stark über dem Durchschnitt in NRW. Zudem hat das Studierendenwerk in den letzten Jahren enorme Rücklagen bilden können. Da für die Zukunft keine großen zusätzlichen Ausgaben im AStA bekannt sind, sehen wir die Möglichkeit die Studierende zu entlasten.

Antwort GHG: Der Beitrag des Studierendenwerks Essen-Duisburg ist einer der höchsten bundesweit und wird in Nordrhein-Westfalen nur noch von dem für die Ruhr-Uni Bochum zuständigen Akafö übertroffen. Trotz dieser hohen Beitragseinnahmen wurden die Mensenpreise erhöht, die Mieten sind hoch, die Preise in den Cafeterien ebenfalls. Kurzum: Eine Senkung, die der finanziellen Lebenswelt von Studierenden gerecht wird, ist absolut nötig.

Was den AStA Beitrag angeht, sehen wir es als GHG für nötig, eine Kürzung des AStA Beitrages sorgfältig zu prüfen. Dafür haben wir auch schon einen Prüfantrag an den AStA im StuPa gestellt. Für uns ist es wichtig, dass wir auch weiterhin ein breites Bildungs- und Kulturangebot, eine gute Sozialberatung, und eine funktionierende studentische Vertretung für euch stellen können. Außerdem dürfen unserer Meinung nach bei einer Senkung die Fachschaften nicht leiden, denen dieser Beitrag ja auch zu Gute kommt.

Antwort United Students: Prinzipiell erachten wir eine solidarische und partizipatorische Studierendenselbstorganisation als sehr bedeutend und __. Aufgrund dessen lehnen wir eine Senkung des AStA-Semesterbeitrags ab. Für uns stellt sich in diesem Kontext jedoch ganz klar die Verteilungsfrage der Ressourcen.

Die vorhandenen Ressourcen müssen im Sinne der Mehrheit der Studierenden verwendet werden!

Antwort LHG: Der Semesterbeitrag sollte dem Bedarf der Studenten angepasst werden. Das heißt, dass sich der AStA bemühen muss herauszufinden, was den Studenten wichtig ist. Hieran müssen sich die Ausgaben orientieren. Wir als LHG sehen aber momentan nicht die Leistungen für die Gesamtheit der Studenten, die einen Beitrag zulässig erscheinen lassen.

Frage 2:

Welche sozialen Projekte findet ihr förderungswert und/oder sollten eingeführt bzw. abgeschafft werden?

Antwort Juso Hochschulgruppe: Alle Projekte die in studentischer Selbstverwaltung die Bereiche Antifaschismus, Nachhaltigkeit, Feminismus und Internationalismus betreffen. Wir lassen uns aber gerne auch von anderen Projekten überzeugen ☺

Antwort RCDS: Die Sozial- und Rechtsberatung, der Härtefallfond, die Krabbelburg... Es gibt viele Projekte, die listenübergreifender Konsens sind. Wir würden diese weiterführen, sie nach Möglichkeit jedoch verbessern und vor allem mehr darüber informieren: Nur wer von der Rechtsberatung weiß, kann von dieser profitieren! Außerdem würden wir ein Kulturticket und eine Schwimmbad-Flatrate einführen. Denn wir wollen, dass sich jeder Student Sport und Kultur leisten kann.

Antwort LiLi: Soziale Projekte sollen allen Studierenden dieselben Möglichkeiten eröffnen. Darum sind uns Projekte, die gleiche Chancen schaffen und Studierende in ihrer individuellen Lage unterstützen besonders wichtig. Die Krabbelburg am Campus Essen muss daher unbedingt weiter zur studentischen Selbstverwaltung gehören um die Betreuungsangebote der Universität zu ergänzen. Wickel- und Stillräume für Mütter müssen dringend erhalten bleiben und problemlos erreichbar sein. Den vom AStA unter unserer Mitsprache zusammen mit dem Studierendenwerk eingeführte Nothilfefonds muss etabliert werden. Darüber hinaus wollen wir in Zukunft eine Gasthörerschaft für Geflüchtete erkämpfen!

Antwort Unabhängige Demokraten: Wir halten soziale Projekte für förderungswert, die auf Qualifikation und Weiterbildung setzen, um Bildungsgungerechtigkeit zu bekämpfen. Dazu gehören zum Beispiel auch Projekte, die den interkulturellen Austausch fördern.

Antwort GHG: Antwort: In unserer bisherigen Zeit im AStA haben wir schon viele gute Projekte, wie zum Beispiel einen Nothilfefonds für Studierende in finanziellen Notlagen oder eine kostenlose Rechtsberatung für alle eingeführt. Weitere Projekte die wir gerade noch umsetzen sind kostenlose Trinkwasserspender und Vorkurs-Semestertickets. Diese Projekte halten wir natürlich für förderungs- und erhaltungswert. Für uns würde bei einer erneuten Beteiligung im AStA als erstes ein studentisches Kinderbetreuungsangebot auch am Campus Duisburg auf dem Plan stehen. Außerdem möchten wir ein antirassistisches Fußballturnier durchführen, sowie mehr selbstverwaltete Freiräume an der Uni und in den Wohnheimen ermöglichen. Hier sind uns auch besonders studentische Nutzungsrechte am KKC in Essen wichtig. Ihr seht, wir haben noch viel vor!

Antwort United Students: Wir begrüßen jegliche soziale Projekte, die von Studierenden für Studierende organisiert werden und wollen sehr gerne dazu beitragen, dass diese Angebote wachsen sowie mehr Öffentlichkeit bekommen.

Antwort LHG: Die Studenten sollten sich grundsätzlich verpflichtet fühlen, sich für ihre Umgebung einzusetzen. Die Umsetzung sollte deren eigene Sache sein. Die Uni/ der AStA könnte aber eine Ehrenamtsbörse einrichten, durch die dann spontan verschiedene soziale Projekte gefördert werden können.

Frage 3:

Sollten an der UDE auch Studien und Forschungen durchgeführt werden dürfen, die für nicht-zivile Zwecke genutzt werden könnten?

Antwort Juso Hochschulgruppe: Nein.

Antwort RCDS: Ja. Eine sogenannte Zivilklausel verbietet Forschung an Projekten, die für militärische Zwecke genutzt werden könnten, auch wenn diese Projekte selbst völlig harmlos sind. Viele Fakultäten sind aber auf die Drittmittel durch solche Forschungen angewiesen, um den Standard ihrer Lehre halten zu können.

Antwort LiLi: An der UDE sollte unter gar keinen Umständen Forschung für nicht-zivile Zwecke stattfinden und auch sog. Dual-Use-Forschung sollte ausschließlich unter einer friedlichen und zivilen Zwecken dienenden Prämisse durchgeführt werden. Denn in der im Sommer 2015 verabschiedeten Grundordnung der Universität Duisburg-Essen heißt es: „Die Universität Duisburg-Essen entwickelt ihren Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt. Sie ist friedlichen Zielen verpflichtet und kommt ihrer besonderen Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung nach innen und außen nach.“ (§17, 1). Genau das schreibt das Hochschulrecht in NRW (Hochschulzukunftsgesetz) den Universitäten auch explizit vor: „Die Hochschulen entwickeln ihren Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt. Sie sind friedlichen Zielen verpflichtet und kommen ihrer besonderen Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung nach innen und außen nach.“ (§3, Abs.6, HZG).

Antwort Unabhängige Demokraten: Aus dieser Frage wird nicht klar ersichtlich, was unter nicht-zivilen Zwecken zu verstehen ist. An der UDE sollen keine Studien und Forschungen durchgeführt werden, die sich mit Sachverhalten beschäftigen, die Menschenleben gefährden könnten. Allerdings muss es möglich sein, zum Beispiel Forschung über Minensuchgeräte zu betreiben oder medizinische Produkte weiterzuentwickeln. Dies ist auch für den Forschungsstandort Duisburg-Essen von essentieller Bedeutung.

Antwort GHG: Nein, sollte Sie nicht. Wir als Grüne Hochschulgruppe setzen uns für eine Universität ein, welche sich ausschließlich friedlicher Forschung verpflichtet. In der Änderung der Grundordnung dieses Jahr wurde eine Friedensklausel eingeführt, die dies nicht vollständig ausschließt. Wir als GHG begrüßen aber in diesem Zusammenhang die von der Universität geplante Ethikkommission, die in Zukunft uneindeutige Forschung überprüfen wird. Denn eine Zivilklausel wäre auch nur so gut, wie sie auch umgesetzt wird.

Antwort United Students: Nein! Wir sind entschieden und strikt gegen den Missbrauch der Forschung zugunsten der Waffenlobby sowohl zugunsten militaristischer und kriegerischer Zwecke an unserer Hochschule. Wir wollen, dass ausschließlich im Sinne des Friedens und des Allgemeinwohls geforscht wird. Für die Einführung der Zivilklausel!

Antwort LHG: Es sollte auch für nicht-zivile Zwecke geforscht werden.

Frage 4:

Warum sollte weiter Geld für politische Aktionen außerhalb der Uni auf Kosten der Studierenden ausgegeben werden?

Antwort Juso Hochschulgruppe: Weil dadurch ein vielfältiges Kultur- und Bildungsangebot geschaffen wird, das es wert ist gefördert zu werden.

Antwort RCDS: Der AStA-Beitrag wird erhoben, um damit das Leben der Studenten an unserer Universität zu verbessern. Es ist nicht die Aufgabe von StuPa oder AStA, dieses Geld für politische Aktionen zu spenden, denn das könnte jeder Beitragszahler genauso gut selbst tun.

Wer keine anderen Ideen mehr hat, als das Geld unserer Studenten zu spenden, sollte lieber den AStA-Beitrag senken und es so jedem einzelnen überlassen, politische Aktionen zu unterstützen, wenn er dies für richtig hält und das Geld entbehren kann.

Antwort LiLi: Weil zu den Aufgaben der Studierendenschaft, vertreten durch den AStA, explizit die politische Bildung und aktive Förderung von Toleranz in der gesamten Gesellschaft gehört - und eben nicht nur in der Hochschule! Das schreibt übrigens das Hochschulrecht NRW vor. Dort heißt es unter §53, 2 (Studierendenschaft): Die Studierendenschaft „hat unbeschadet der Zuständigkeit der Hochschule und des Studierendenwerks die folgenden Aufgaben: (...) 4. auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung die politische Bildung, das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein und die Bereitschaft zur aktiven Toleranz ihrer Mitglieder zu fördern.“ Die Satzung der Studierendenschaft sieht dies selbstverständlich auch vor: Die Studierendenschaft „tritt für Gleichstellung und gegen Diskriminierung ein.“ (§2, Abs. 6). Jede Studierendenvertretung tut also gut daran sich dauerhaft, aktiv und finanziell an politischer Bildung und dem Kampf gegen Diskriminierung jeder Art zu beteiligen! Wir wollen das Bewusstsein für Diskriminierung und undemokratische Strukturen überall und jederzeit aufrecht erhalten! Deshalb brauchen wir auch weiter politische Aktionen und werden nicht nachlassen!

Antwort Unabhängige Demokraten: Wenn gewisse Einstellungen und Denkrichtungen außerhalb der Universität auftauchen, können sich diese auch negativ auf das Klima zwischen den Studenten an der Universität und die Qualität des Lernens auswirken. Daher ist es in Einzelfällen möglich und nötig politische Aktionen außerhalb der Universität zu unterstützen. Dieses Vorgehen bedarf einer genauen Prüfung, bei der auch darauf geachtet werden muss, dass ausschließlich neutrale und mit dem Grundgesetz konforme Aktionen unterstützt werden.

Antwort GHG: Für uns gilt hier der Grundsatz, dass das Leben der Studierenden nicht nur direkt am Campus stattfindet. Wenn Projekte, wie zum Beispiel politische Bildung, Antidiskriminierungsarbeit, Konzerte oder foodsharing, von Studierenden an uns herangetragen werden, finden wir, dass sie eine Unterstützung durch die Studierenden verdient haben. Wir wollen eine aktive Studierendenschaft fördern, denn ein Studium sollte mehr sein als nur Vorlesungen und Seminare und nicht beim Verlassen des Campus enden.

Antwort United Students: Unser politischer Fokus liegt klar im universitären Rahmen. Jedoch sind wir der Meinung, dass gesamtgesellschaftliche Fragen unsere Studierendenschaft ebenfalls betreffen, da die Universität kein isolierter Ort ist, sondern in gesamtgesellschaftliche Entwicklungen und Prozesse eingebunden ist. Insbesondere in der Frage der sozialen Selektion im Bildungssystem, des gesellschaftlichen und institutionellen Rassismus sowie der zunehmenden sozialen Spaltung zwischen Arm und Reich sehen wir auch außerhalb universitärer Strukturen Handlungsbedarf und möchten daher gesellschaftspolitische Debatten, wie beispielsweise die aktuelle Diskussion um Flüchtlinge, aufgreifen und in die Universität tragen sowie dabei auch selbstorganisierte Initiativen unterstützen.

Antwort LHG: Es gibt keinen Grund, dass Geld der Studenten unserer Uni für Aktionen, die nicht mit der Uni zusammenhängen zu verschwenden. Zum Beispiel keine, mit Kosten verbundene Werbung für partei-politische Aktionen in der Aktuell

Frage 5:

Wollt ihr euch in Zukunft für eine politische Weiterbildung der Studierenden einsetzen?

Antwort Juso Hochschulgruppe: Natürlich, denn das Mitwirken der Studierenden an politischen Prozessen ist essentiell für unsere Demokratie.

Antwort RCDS: Ja. Nie wieder hat man wie im Studium die Möglichkeit, sich nicht nur in seinem Fachbereich, sondern auch in anderen Themenfeldern weiterzubilden. Gerade politische Bildung kann an einer Universität hochinteressant vermittelt werden, weil dort Ansichten aus allen politischen Lagern und Fachbereichen aufeinander treffen.

Antwort LiLi: Selbstverständlich! Denn politische Bildung und Weiterbildung betreibt die Linke Liste schon seit Jahren an der UDE und darüber hinaus. Die Linke Liste organisierte und finanzierte aus eigenen Mitteln alternative wissenschaftliche und politische Veranstaltungen, die sich mit Diskriminierung, alternativen politischen Ideen sowie Forschung und Wissenschaft kritisch auseinandersetzten (Ende 2014: Vortrag zum Freiheitskampf in Kobane; Anfang 2015: "Anarchismus, Syndikalismus, Anarcho-Syndikalismus; Von Marx bis zur Kritischen Theorie). Durch die Mitarbeit im AStA hat die Linke Liste außerdem dafür gesorgt, dass an beiden Standorten Diskussionsrunden und Vorträge im Rahmen der politischen Weiterbildung organisiert wurden und wird dies auch weiter verfolgen (Diskussion: Probleme internationaler Studierender an der UDE; Vorträge: Antisemitismus; Podiumsdiskussion: Freihandelsabkommen TTIP mit UDE-Prof; Rote Ruhr Uni: Politische Ideen aus linker Perspektive). Deshalb alle ab dem 22.Juni: Alle Stimmen für die Linke Liste!

Antwort Unabhängige Demokraten: Ja, politische Weiterbildung und Aufklärung sowie Diskussionen über kontroverse Themen sollten auch in Zukunft ein Kernanliegen des AStAs sein. Beim Studium sollte es nicht nur um die fachliche, sondern auch um die individuelle Weiterentwicklung jedes Einzelnen gehen.

Antwort GHG: Auf diese Frage gibt es von uns ein klares Ja! In der letzten Wahlperiode haben wir durch unsere Arbeit im AStA eine Vielzahl an Veranstaltungen, wie zum Beispiel den politischen Dienstag oder einer Podiumsdiskussion zum Thema TTIP, veranstaltet und weitere unterstützt. Gerne möchten wir dies im kommenden Semester fortsetzen und ausbauen. Wir wollen hier auch noch stärker in den Dialog mit allen Studierenden treten um Veranstaltung anbieten zu können, die die Debattenkultur an unserer Hochschule fördert.

Antwort United Students: Ja, das wünschen wir uns absolut! Für uns stellt die politische Bildung eine fundamentale Voraussetzung für eine gesellschaftliche Partizipation und Teilhabe dar. Jedoch möchten wir uns nicht lediglich Fachwissen aneignen, sondern viel mehr im Austausch miteinander unsere grundsätzlichen Fragen diskutieren, wie beispielsweise was sind die Ursachen für die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich und welche Mechanismen führen dazu, dass Menschen mit Migrationshintergrund und/oder aus ArbeiterInnenfamilien der Zugang zu Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe faktisch verwehrt wird?

Antwort LHG: Dieser Punkt ist uns sehr wichtig. Nur muss Grundbedingung sein, dass ausgewogen und unparteiisch informiert wird.